

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1 Einleitung	1
A. Problemdarstellung	1
I. Abschaffung der gesetzlichen Erwerbsminderungsrente	1
II. Kein flächendeckender Versicherungsschutz trotz hoher Bedeutung der privaten Absicherung	2
III. Hintergründe der bestehenden Unterversorgung	5
1. Vorbehalte hinsichtlich der Schadenregulierungspraxis der Versicherer	5
2. Hohe Abschlusskosten aufgrund individueller Risikoprüfung	6
3. Intransparente Rechtslage	8
IV. Rechtspolitischer Handlungsbedarf	10
B. Gang der Untersuchung	11
C. Thematische Eingrenzung	13
 Kapitel 2 Entwicklung und Hintergründe der rechtlichen Grundlagen zum Nachprüfungsverfahren	 15
A. Vor der VVG-Reform	15
B. Nach der VVG-Reform	17
I. Hintergrund und Zielsetzung der gesetzlichen Normierung	17
II. Gesetzliche Umsetzung der Zielvorgaben	19
III. Kritik an der gesetzlichen Umsetzung	22
1. Allgemeine Kritik an den gesetzlichen Vorschriften gem. §§ 172 ff. VVG	22
2. Kritik an den Regelungen zum Anerkenntnis und zum Nachprüfungsverfahren	24
IV. Zwischenergebnis	29
 Kapitel 3 Sinn und Zweck des Nachprüfungsverfahrens	 31
A. Interessen des Versicherers	31
I. Schwierigkeiten bei der Feststellung der Berufsunfähigkeit	31
1. Bestimmung des Tatbestandsmerkmals „voraussichtlich auf Dauer“, § 172 Abs. 2 VVG	31
a. Starre Betrachtungsweise anhand eines festgelegten Zeitraums	32
b. Individuelle Einzelfallprognose	33
c. Stellungnahme	35
2. „Fiktion der Berufsunfähigkeit“ gem. § 2 Abs. 2 MB-BUZ / MB-BUV	35
a. Beginn des Versicherungsfalls bei fingierter Berufsunfähigkeit	37
b. Stellungnahme	39

II. Bestehendes Änderungsvermögen trotz festgestellter Berufsunfähigkeit aufgrund des Charakters der Berufsunfähigkeit als Prognoseentscheidung	40
III. Stellungnahme	41
B. Interessen des Versicherungsnehmers	42
I. Planungssicherheit aufgrund eines vorherigen (gebotenen) Anerkenntnisses	43
II. Transparente Regelungen zur Beendigung einer anerkannten Leistungspflicht	44
C. Zwischenergebnis	45

Kapitel 4 Dogmatische Grundlagen zur Durchführung des Nachprüfungsverfahrens 47

A. Gesetzliche Grundlage, § 174 VVG	47
B. Regelung in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen: sog. Nachprüfungsklausel	48
I. Entwicklung der Nachprüfungsklausel	48
II. Wirksamkeit der Nachprüfungsklausel	53
1. Verstoß gegen § 307 Abs. 1 Satz 1 BGB – Generalklausel.	54
a. Grundsätzliche Berechtigung zur regelmäßigen Überprüfung der Leistungspflicht.	55
b. Erneute Überprüfung einer Verweisungsmöglichkeit im Nachprüfungsverfahren	55
aa. Wirksamkeit der Berücksichtigungsfähigkeit neu erworbener Fähigkeiten	57
bb. Einschränkung der Grundsätze zum „Arbeitsmarktrisiko“ bei abstrakter Verweisungsklausel	58
cc. Möglichkeit der Leistungseinstellung bei fehlenden Bemühungen	60
(1) Praktische Konsequenzen der Erweiterung der Verweisungsmöglichkeit	60
(2) Paradoxe Wirkungsweise aufgrund fehlender Obliegenheit zum Erwerb neuer Fähigkeiten	61
(3) Schwierigkeiten der Bestimmung „zumutbarer Bemühungen“	63
dd. Stellungnahme.	64
c. Obliegenheiten im Rahmen des Nachprüfungsverfahrens	68
d. Sonderproblem: Nachprüfungsrechts bei unheilbaren Krankheiten	70
2. Verstoß gegen § 307 Abs. 1 Satz 2 BGB – Transparenzgebot	72
a. Allgemeine Anforderungen des Transparenzgebots.	72
aa. Sinn und Zweck des Transparenzgebots	73

bb. Bestimmung des Kriteriums der Verständlichkeit über die Sprachwissenschaft	74
cc. Grenzen des Transparenzgebots	77
b. Spezielle Anforderungen des Transparenzgebots im Versicherungsvertragsrecht	79
aa. Komplexität der zu regelnden Materie	79
bb. Höchststrichterlicher Hinweis zur Undurchschaubarkeit der Regelungen	80
c. Stellungnahme	81
3. Vorschlag zur transparenten Ausgestaltung einer vertraglichen Nachprüfungsklausel	83
III. Rechtsfolgen im Falle einer AGB Unwirksamkeit	86
C. Treu und Glauben, § 242 BGB	89
D. Zwischenergebnis	91
Kapitel 5 Anwendungsbereich des Nachprüfungsverfahrens	95
A. Unbefristetes Anerkenntnis gem. § 173 Abs. 1 VVG	95
B. Fehlen eines tatsächlich erklärten Anerkenntnisses trotz objektiv im Nachhinein festgestellter Berufsunfähigkeit	95
I. Annahme eines fingierten Anerkenntnisses	97
II. Annahme eines gebotenen Anerkenntnisses	99
III. Auswirkungen der begrifflichen Differenzierung	100
IV. Bestimmung der Gebotenheit eines Anerkenntnisses – dogmatische Herleitung	101
1. Anerkenntnis als Rechtspflicht des Versicherers	102
a. Feststellung des Vertretenmüssens bei der Nichtabgabe des Anerkenntnisses	103
aa. Hinreichende Würdigung der zugrundeliegenden Erkenntnisse	105
bb. Problematik der ohnehin existierenden langen Bearbeitungsdauer	106
cc. Strengere Kriterien zur Feststellung des Vertretenmüssens	109
b. Zurechnung von Einschätzungen medizinischer Sachverständiger (§ 278 BGB).	110
aa. Sachverständiger als Erfüllungsgehilfe des Versicherers	111
bb. Bestimmung des Verschuldens eines medizinischen Sachverständigen	112
(1) Gefälligkeitsgutachten	114
(2) Bestimmung der Vertretbarkeit eines Gutachtens bei psychiatrischen Erkrankungen	115
(3) Problematik sich widersprechender Gutachten	116

(4) Stellungnahme	117
cc. Exkulpationsmöglichkeit des Versicherers	118
2. Objektive Feststellung der Berufsunfähigkeit	119
3. Zwischenergebnis	120
C. Wegfall der Berufsunfähigkeit vor Abschluss der Leistungsprüfung	122
I. Zulässigkeit einer rückwirkenden Befristung – Meinungsstand	123
II. Stellungnahme	124
III. Zulässigkeit einer sog. „uno actu“- Entscheidung	125
D. Wegfall der Berufsunfähigkeit vor Geltendmachung etwaiger Leistungs- ansprüche	127
I. Notwendigkeit der Durchführung des Nachprüfungsverfahrens	127
II. Stellungnahme	128
III. Auswirkung des Zeitpunkts der Anspruchsanmeldung auf § 174 VVG ..	128
E. Zwischenergebnis	130
Kapitel 6 Anforderungen an das Nachprüfungsverfahren	133
A. Materielle Voraussetzungen	133
I. Wegfall der Voraussetzungen des Versicherungsfalls, § 174 Abs. 1 VVG	133
1. Veränderung tatsächlicher Umstände	134
2. Vornahme einer Vergleichsbetrachtung	136
a. Bestimmung des Vergleichsgegenstandes	137
aa. Inhalt des Erstanerkennnisses vs. tatsächliche Gegebenheiten zum Zeitpunkt des Anerkenntnisses	138
bb. Vergleichsgegenstand bei mehreren aufeinanderfolgenden Nachprüfungen	140
(1) Maßgeblichkeit des Zustands im Rahmen des letzten Nach- prüfungsverfahrens	140
(2) Maßgeblichkeit des Zustands zum Zeitpunkt des (Erst-)Anerkenntnisses	141
b. Stellungnahme	143
3. Beweislast für den Wegfall der Voraussetzungen der Leistungspflicht ..	144
a. Grundsatz: Darlegungs- und Beweislast des Versicherers	144
b. Ausnahme: sekundäre Darlegungslast des Versicherungsnehmers ..	145
aa. Ausübung einer neuen Tätigkeit im Zeitpunkt des Nachprüfungs- verfahrens – Vortrag der unwirksamen Verweisung	148
bb. Ausübung einer neuen Tätigkeit im Zeitpunkt des Nach- prüfungsverfahrens – Vortrag eines fälschlich zugrunde gelegten Tätigkeitsbildes	149

cc. Korrespondierende Hinweispflicht des Versicherers	152
dd. Beweislastverteilung bei psychischen Erkrankungen des Versicherungsnehmers	153
(1) Problematik der Beweisführung	154
(2) Grundsatz: Anwendung des Vollbeweises	154
(3) Annahme einer sekundären Darlegungslast des Versicherungsnehmers	155
c. Stellungnahme	157
II. Optionen nachträglich eingetretener Veränderungen (Einstellungsgründe)	159
1. Gesundheitsverbesserung	159
a. Berücksichtigungsfähigkeit einer nachträglich abweichenden Bewertung eines unveränderten Gesundheitszustandes	160
b. Berücksichtigungsfähigkeit von Veränderungen im Kenntnisstand	163
aa. Meinungsstand in der älteren Rechtsprechung / Literatur	163
bb. Stellungnahme	164
c. Berücksichtigungsfähigkeit überobligationsmäßigen Einsatzes des Versicherungsnehmers	165
aa. Heilbehandlungen / Operationen	165
bb. Schmerzmedikation	167
2. Berufliche Veränderungen von abhängig Beschäftigten („neu erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten“)	168
a. Notwendigkeit einer ausdrücklichen Regelung in den Versicherungs- bedingungen	169
b. Dogmatische Herleitung einer Verweisungsmöglichkeit ohne Regelung in Versicherungsbedingungen	170
aa. Differenzierung zwischen abstrakten und konkreten Verweisklauseln	171
bb. Ablehnung des Differenzierungskriteriums der Verweisungsart	173
cc. Stellungnahme	175
3. Berufliche Veränderungen von Selbstständigen („neue Umorganisationsmöglichkeit“)	178
a. Differenzierung zwischen abhängiger und selbstständiger Arbeit	178
b. Doppelte Zumutbarkeitsprüfung im Nachprüfungsverfahren	180
aa. Inkonsistente BGH Rechtsprechung zu überobligatorischen Anstrengungen	180
bb. Widerspruch zur Berücksichtigungsfähigkeit überobligatorisch neu erworbener Fähigkeiten bei Nichtselbstständigen	182
cc. Stellungnahme	183
4. Zwischenergebnis	185

III. Nachprüfungsintervalle	186
B. Formelle Voraussetzungen	188
I. Rechtsgrund für hohe formelle Anforderungen	188
II. Mitteilung in Textform	190
1. Allgemeines	190
2. Zugang	190
a. Auseinanderfallen von Versicherungsnehmer und anspruchsberechtigter Person	192
b. Zugang beim Prozessbevollmächtigten	194
III. Inhaltliche Anforderungen an die Einstellungs- bzw. Änderungsmitteilung	196
1. Darlegung einer Veränderung	196
2. (Höchst)richterliche Anforderung: nachvollziehbare Begründung	197
a. Erfordernis einer Vergleichsbetrachtung	197
aa. Inhaltliche Anforderungen an die Vergleichsbetrachtung	198
bb. Stellungnahme	199
b. Gutachtenübermittlung	201
c. Bestimmung des Zeitpunkts des Wegfalls der Berufsunfähigkeit	202
d. Einschränkung der Anforderungen an die Vergleichsbetrachtung im Einzelfall	204
aa. Wissensvorsprung des Versicherungsnehmers hinsichtlich des Gesundheitszustandes	205
bb. Wissensvorsprung des Versicherungsnehmers hinsichtlich der ausgeübten Tätigkeit (konkrete Verweisung)	207
e. Stellungnahme	208
3. Auswirkungen der unterschiedlichen Begrifflichkeiten	210
IV. Auswirkungen einer fehlerhaften (Einstellungs- bzw. Änderungs-) Mitteilung	212
V. Nachleistungspflicht gem. § 174 Abs. 2 VVG	213
1. Sinn und Zweck	214
2. Kritik an der dreimonatigen Nachleistungspflicht	215
3. Stellungnahme	216
VI. Sonderproblem: Einhaltung der formellen Voraussetzungen bei rückwirkend gebotenen Anerkenntnis und zwischenzeitlich entfallener Berufsunfähigkeit	217
1. Keine Anwendbarkeit von § 174 VVG	219
2. Anwendbarkeit von § 174 VVG bei gebotenem Anerkenntnis	220
a. Erfordernis einer nachvollziehbaren Begründung bzw. Vornahme einer Vergleichsbetrachtung	221

b. Notwendigkeit der Nachleistungspflicht gem. § 174 Abs. 2 VVG	222
3. Stellungnahme	224
C. Zwischenergebnis	226

Kapitel 7 Lösungsmöglichkeiten vom Anerkenntnis neben dem Nachprüfungsverfahren 229

A. Rechtsnatur des Anerkenntnisses	230
I. Konstitutives Schuldversprechen gem. § 780 BGB bzw. Schuld- anerkenntnis gem. § 781 BGB	230
II. Auskunft bzw. nichtrechtsgeschäftliche Erklärung	231
III. Anerkenntnis sui generis	232
IV. Zwischenergebnis	233
B. Anfechtung des Anerkenntnisses	234
I. Arglistige Täuschung, § 123 BGB	234
II. Irrtum über eine verkehrswesentliche Eigenschaft, § 119 Abs. 2 BGB	238
1. Zulässigkeit der Anfechtung gem. § 119 Abs. 2 BGB	238
2. Vorrang der speziellen Regelungen zum Nachprüfungsverfahren	239
3. Stellungnahme	241
III. Erklärungsirrtum, § 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB	243
IV. Inhaltsirrtum, § 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB	245
C. Rücktritt vom Versicherungsvertrag wegen Verletzung einer vorvertraglichen Anzeigepflicht, §§ 19, 22 VVG	246
I. Verletzung einer vorvertraglichen Anzeigepflichtverletzung	246
II. Grenzen der Anzeigepflicht	247
D. Treu und Glauben, § 242 BGB	249
I. Verwirkung von Versicherungsleistungen	249
II. Stellungnahme	250
E. Zwischenergebnis	252

Kapitel 8 Befristetes Anerkenntnis und außervertragliche Vereinbarungen über befristete Leistungen 255

A. Befristetes Anerkenntnis	255
I. Einordnung in das Regelungsnetzwerk der §§ 5 ff. MB-BUZ bzw. §§ 8 ff. MB-BUV	255
1. Verhältnis von befristetem und unbefristetem Anerkenntnis	255
2. Verhältnis von Befristung und Nachprüfungsverfahren	257
II. Problematik der Befristung aus Sicht des Versicherungsnehmers	258
III. Entstehungsgeschichte der gesetzlichen Vorschrift	259
1. Erstmalige Regelung der Befristung in AVB (1990)	261

a. Regelung einer generellen Befristungsmöglichkeit	261
b. Wirksamkeitskontrolle einer generellen Befristungserlaubnis	263
2. Modifizierung der Regelung zum befristeten Anerkenntnis	265
3. Substituierung der ungeklärten Verweisungsfrage durch das Erfordernis eines sachlichen Grundes.	266
IV. Erfordernis eines sachlichen Grundes trotz offener Formulierung von § 173 Abs. 2 VVG	266
1. Ablehnung der Notwendigkeit eines sachlichen Grundes	268
a. Meinungsstand in der Literatur	268
b. Stellungnahme	269
2. Notwendigkeit eines sachlichen Grundes	270
a. Unterscheidung von zweifelhaften Fällen und sachlichem Grund	271
a. Bestimmung zulässiger Befristungsgründe	272
aa. Ungeklärte Verweisungsfrage	272
bb. Bestimmung anderweitiger Befristungsgründe	273
(1) Anpassung bzw. Gewöhnung an den Gesundheitszustand	273
(2) Absehbare Rehabilitation	274
(3) Umschulung des Versicherungsnehmers	275
(4) Streit über Leistungspflicht bzw. Bedürfnis längerer Prüfungsdauer.	275
(5) Umorganisationsmöglichkeit von Selbstständigen	276
3. Rechtsfolgen bei Unwirksamkeit des Befristungsgrundes.	277
4. Stellungnahme	277
V. Notwendigkeit einer Begründung der Befristung	278
1. Ablehnung einer Begründungspflicht	279
2. Annahme einer Begründungspflicht	280
3. Inhaltliche Anforderungen	282
a. Zeitpunkt der Mitteilung der Begründung	282
aa. Nachschieben von Gründen	282
bb. Stellungnahme.	283
b. Reichweite und Umfang	284
aa. Übertragbarkeit der Wertungen zur Einstellungsmitteilung	285
bb. Umgang mit medizinischen Gutachten	285
cc. Grenzen	287
c. Rechtsfolge einer unwirksamen Befristung	288
4. Stellungnahme	288
VI. Erfordernis einer vertraglichen Befristungsregelung.	289
1. Meinungsstand	290

2. Stellungnahme	291
VII. Zulässige Befristungslänge	292
1. Bestimmung einer Höchstgrenze der Befristungslänge.	293
2. Korrelation von Befristungsdauer und sachlichem Grund	295
3. Zulässigkeit einer mehrfachen Befristung innerhalb eines bedingungsgemäß vorgesehenen Zeitraums der Höchstdauer.	297
4. Rechtsfolgen einer unangemessen langen Befristungsdauer	298
5. Stellungnahme	299
VIII. Rechtslage nach Befristungsablauf	300
1. Reichweite des Prüfungsumfangs nach Ablauf der Befristung	300
2. Leistungseinstellung vs. Durchführung einer abschließenden Leistungsprüfung	301
IX. Befristete Anerkennnisse in der Bedingungspraxis	303
1. Ausdrücklicher Befristungsausschluss	303
2. Versteckte Befristungsklauseln	304
3. Spezifizierung der Befristungsgründe	305
4. Stellungnahme	306
X. Zwischenergebnis	307
B. Außervertragliche Regulierungsvereinbarungen über zeitlich befristete Leistungen	310
I. Bedürfnis und Hintergründe	311
II. Zulässigkeit	312
1. Leitbild des unbefristeten Anerkennnisses	313
2. Widerspruch zum Regelungszweck des befristeten Anerkennnisses. .	314
III. Wirksamkeitsvorgaben der höchstrichterlichen Rechtsprechung.	315
1. Hinweispflicht des Versicherers	316
2. Dogmatische Begründung	317
a. Annahme einer Beratungspflicht entsprechend § 6 Abs. 4 VVG	318
aa. Anwendungsbereich und Reichweite von § 6 Abs. 4 VVG	318
bb. Übertragbarkeit auf Beratungspflicht des Versicherers vor dem Abschluss individualvertraglicher Vereinbarungen	319
b. Stellungnahme	320
3. Beispiele für Treuwidrigkeit	320
a. Verschaffen einer nachträglichen Verweisungsmöglichkeit	321
b. Individualvereinbarung trotz naheliegender Berufsunfähigkeit.	321
c. Vergleichbare gewichtige Nachteile für den Versicherungsnehmer . .	322
4. Stellungnahme	322
IV. Rechtsfolgen	324

1. Dogmatische Grundlage für die Rechtsfolge der Unwirksamkeit – § 138 Abs. 1 BGB vs. § 242 BGB.	324
2. Prüfungsumfang nach Befristungsende.	327
a. Anwendbarkeit der Erstprüfungsgrundsätze	327
b. Beweisrechtliche Korrekturen.	328
c. Rückforderungsmöglichkeit bereits erbrachter Leistungen	329
3. Unbeachtlichkeit der Unwirksamkeit bei hypothetischer Zulässigkeit eines befristeten Anerkenntnisses.	330
4. Stellungnahme.	332
V. Zwischenergebnis.	332
Kapitel 9 Schlussbetrachtung	335
A. Zusammenfassung	335
B. Änderungsvorschläge	339
C. Ausblick	342
Literaturverzeichnis	345